STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19210202MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2.35 ℳ, monatl. 10 ℳ vorauszahlbar frei ins Haus. Kreuzbandsendung monatlich 12 ℳ.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰.

Hamburger Echo

Anzeigen die 6gespaltene Petitzeile 2.20 ℳ, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt 2. Familienanzeigen 2.40 ℳ. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 53. Mittwoch, den 2. Februar 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Sinnlose Kombinationen.

Sorgenschwere Zeiten sind ständig reich an Sensationen und Kombinationen. Noch hat Deutschland nicht eine kritische Situation im Laufe der letzten Jahre erlebt, wo nicht neue Kabinettswechsel und dergleichen Vermutungen der Oeffentlichkeit übergeben wurden und diese an derartige Meldungen ihrerseits glaubte, die immer wieder neuen Anlaß zu weiteren Vermutungen gaben. Wie so oft, ist das auch heute der Fall, und zumal die Rechtspresse wie ein Teil der demokratischen Blätter glauben heute mit Recht die Parole von einem Einheitskabinett ausgeben zu dürfen. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, in ein derartiges Einheitskabinett einzutreten, und daß sie auch die noch am Dienstag von den bürgerlichen Parteien in dieser Hinsicht gestellten Anträge ablehnte, zumal trotz der ernsten Situation nicht der geringste Anlaß für eine Umwandlung der Reichsregierung vorliegt. Gerade das gegenwärtige Kabinett hat, innerpolitisch gewertet, eine Basis, wie sie besser nicht sein kann. Sowohl die Deutschnationalen wie die Unabhängigen sind außer den übrigen Fraktionen des Reichstages in der Beurteilung der neuesten Pariser Forderungen einig und unterstützen insofern, wenn auch unter abweichenden Begründungen, die Regierung in ihrer ablehnenden Auffassung. Betrachtet man die außenpolitische Situation des Kabinetts, so ist gleichfalls festzustellen, daß zurzeit jedenfalls jede andere Regierung keine bessere Position haben würde. Diese Gründe werden im übrigen auch dem bestehenden Kabinett Anlaß geben, nicht zurückzutreten. Bisher denkt nicht eines der jeweiligen Kabinettsmitglieder daran, die Demission einzureichen.

Landesliste der Sozialdemokratie.

Zur Preußenwahl hat die Partei folgende Liste aufgestellt:

1. Braun, Adolf, preußischer Landwirtschaftsminister, Berlin,
2. Severing, Karl, preußischer Minister des Innern,
3. Leinert, Robert, Oberbürgermeister von Hannover,
4. Hanna, Gertrud, Gewerkschaftsangestellte,
5. Rosenfeldt, Dr., Siegfried, Rechtsanwalt, Berlin-Schöneberg,
6. Beier, Dr. med., Alfred, Regierungsrat, Charlottenburg,
7. Wegscheider, Dr., Hildegard, Schulrätin, Berlin-Schöneberg,
8. Cunow, Heinrich, Universitätsprof., Berlin-Friedenau,
9. Marocke, Richard, Vorsitzender des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Berlin,
10. Voges, Felix, staatlicher Hilfsförster, Wallendorf, Kreis Neidenburg,
11. Wolff, Richard, Techniker in Elberfeld,
12. Hausherr, Otto, Verbandssekretär im Zentralverband der Angestellten, Berlin.

Keynes zu den Pariser Forderungen.

Ueber die verhängnisvollen Folgen für die Industrie der alliierten Länder, die die Erfüllung der Bedingungen nach sich ziehen würde, führt Keynes im „Manchester Guardian“ in einem langen Artikel aus, daß die Erfüllung der Bedingungen nicht möglich sei und kommt zu dem Schluß, daß daher die Pariser Vorschläge nicht ernst gemeint sein könnten. Er schreibt, es sei nicht ganz klar, wie sich diese neuen Vorschläge zu dem Friedensvertrag verhalten sollten. Sie heben anscheinend den Vertrag auf und führen Elemente ein, die in dem Friedensvertrag nicht vorgesehen seien. Sie verlangten damit von Deutschland Annahme eines neuen Vertrages. Keynes hält es für möglich, daß Lloyd George vielleicht hoffe, daß die Londoner Konferenz ihm Gelegenheit geben werde, zu erreichen, was vernünftig ist.

Vom Völkerbund.

Die Völkerbundsversammlung bestimmte eine Kommission für die Verteilung der Kosten des Völkerbundes unter die Gliedstaaten. Diese wird am 7. Februar in Paris zusammentreten. Der Kommission gehören an: Sir Henry Strakosch-Südafrika, Reveillaud-Frankreich, Barbosa Gernairo-Brasilien, Glueckstadt-Dänemark. Ein fünftes Mitglied wird später bezeichnet werden.

Wie der „Temps“ mitteilt, wird die ständige beratende Kommission des Völkerbundes, die sich mit militärischen, maritimen und Luftschiffragen beschäftigt, am 28. Februar in Genf zu ihrer vierten Tagung zusammentreten. Sie wird sich unter anderem mit der Kontrolle des Waffenhandels, der Herabsetzung der Rüstungen und mit der privaten Waffenindustrie beschäftigen.

Für den Anschluß.

Der deutschösterreichische Lehrerbund veranstaltete gestern in der Volkshalle des Wiener Rathauses eine Kundgebung für den Anschluß an Deutschland. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, worin es heißt, daß der Anschluß Oesterreichs an Deutschland als einziger Weg zur Gesundung der Wirtschaft und zum kulturellen Gedeihen Oesterreichs bezeichnet werden könne und von der Regierung ausdrücklich die Vornahme einer Volksabstimmung über den Anschluß gefordert wird. In der vorhergehenden Debatte ergriff Bundesrat Dr. Ludo Hartmann das Wort, um die Versammlung als Vertreter der sozialdemokratischen Partei zu begrüßen. Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, erklärte er, die Anschlußfrage sei nicht zuletzt auch eine Kulturfrage. Die Lehrer müßten daher an der Spitze der Anschlußbewegung stehen. Eine Volksabstimmung über den Anschluß müsse kommen und dann können wir vor den Völkerbund hintreten und den Anschluß verlangen.

Zur Bekämpfung des Postdefizits schlägt die „Deutsche Tageszeitung“ vor, die Dienstzeit des Postpersonals auf 10 Stunden zu erhöhen. 8 Stunden sei zu wenig, der Bergmann arbeite doch viel schwerer als der Postbeamte. Vergessen wird die Kleinigkeit, daß mit Recht der Bergmann weniger als 8 Stunden Arbeitszeit hat. Die Postbeamten mögen sich das jedenfalls für die Wahl merken.

Die „Deutsche Zeitung“ berichtet, daß die Akademie der Wissenschaften die goldene große Helmholtzmedaille nicht mehr verleihen könne, weil wir kein Gold mehr hätten. Schnippisch bemerkt das Blatt hierzu: „Welch ein trauriger Wechsel gegen das wilhelminische Zeitalter!“ Sollte die „Deutsche Zeitung“ im Eifer des Wahlkampfes vergessen haben, daß das wilhelminische Zeitalter den Ruf geprägt hat: „Das Gold gehört in die Reichsbank!“ und daß der Goldschatz der Reichsbank und des Volkes in dem Krieg zum Teufel gegangen ist, den die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ nicht genug bejubeln konnte?

Gegen den Mordantifter Lebius, der (wie wir in einem Artikel „Blicke nach rechts“ jüngst mitteilten) zur Ermordung von namentlich angeführten Pazifisten öffentlich aufforderte, hat im Auftrage der Vorstandsmitglieder des Bundes „Neues Vaterland“ Rechtsanwalt Genosse Halpert Strafanzeige erstattet. Das Reich selbst „ermittelt“ noch rührt sonst keinen Finger. „Wiederaufbau!“

Das „Unannehmbar!“ der Reichsregierung.

Die heutige Tagung des Reichstages hat die erwartete Erklärung der Regierung gebracht, die das vorauszusehende „Nein!“ zu den Forderungen der Entente enthielt. Die Stimmung des Reichstages stand (bis auf die Extratour des Kommunisten Hoffmann) offenbar hinter der Rede des Dr. Simons, die wiederholt lebhaft von Zurufen begleitet wurde. —

Ueber den Gang der Reichstagssitzung am Mittwoch wird uns aus parlamentarischen Kreisen telegraphiert: Die Sitzung wird mit einer Erklärung des Abg. Müller-Franken für die sozialdemokratische Partei beginnen. In dieser Erklärung wird der Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse, ihr Friedenswille und ihre Bereitschaft zur Wiedergutmachung im Bereiche der Leistungsfähigkeit festgelegt werden. Den Entwaffnungsforderungen wird entsprechend dem oft betonten Standpunkt unserer Partei im Reichstag Rechnung getragen werden. Der sozialdemokratischen Erklärung wird eine kollektive Darlegung des Standpunktes der Regierungsparteien zu den Forderungen der Entente folgen. Man vermutet, daß diese in dem Antrag, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, gipfeln wird. An die Rede des Sprechers der Regierungsparteien wird sich die deutschnationale Erklärung anschließen, die vermutlich rein negativ sein wird, und an diese nur wenig Zeit erfordernde Erklärung werden sich Reden anschließen, in denen der Standpunkt der Unabhängigen und Kommunisten zum Ausdruck kommen soll. Man vermutet, daß als Redner der Unabhängigen der Abg. Ledebour in Frage kommt.

Ueber den Inhalt der von unserer Fraktion abzugebenden Erklärung erfahren wir noch weiter: Die Erklärung, die heute vom Genossen Müller-Franken über die Haltung der sozialdemokratischen Partei abgegeben wird, entspricht der einmütigen Auffassung der Fraktion. Sie wird unter anderem zum Ausdruck bringen, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen der Entente unerfüllbar sind, und feststellen, daß eine Regierung, die wider besseres Wissen unerfüllbaren Forderungen zustimmt, weder das Vertrauen des Volkes, noch das des Auslandes verdient. Zugleich wird in der Erklärung auf die schweren innerpolitischen Folgen der Bedingungen hingewiesen. Des weiteren wird auch ein Aufruf an die Arbeiter aller Länder in der Erklärung enthalten sein, der darauf hinweist, daß das deutsche Proletariat diese ungeheuerlichen Lasten zu tragen hat, obwohl es längst erschöpft und verelendet sei.

*

(Telephonischer Bericht.)

63. Sitzung.

Berlin, Dienstag, 1. Februar, 4½ Uhr nachm.

Das Haus und die Tribünen sind überfüllt.

Am Regierungstisch: Die Reichsregierung, Minister Lüdemann.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die nächste Sitzung des Wahlprüfungsgerichts am 9. Februar stattfindet.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung:

Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Selten hat eine politische Verhandlung durch ihren Verlauf und ihr Ergebnis eine solche Verwirrung in den Köpfen hervorgerufen, wie die letzte Ministerkonferenz in Paris. Am ersten Tage hatte man Kenntnis genommen von den Plänen des französischen Wirtschaftsministers Seydoux. Man hatte sich daran gewöhnt, daß die deutsche Regierung bereit war, unter gewissen Vorbehalten diese Pläne anzunehmen. Aber gleich nach Beginn der Pariser Beratungen kam die Rede des französischen Finanzministers Doumer, die den bisherigen Boden verließ und eine exorbitante Summe aufstellte. Wir haben in den Zeitungen von den Auseinandersetzungen zwischen dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Briand gelesen, und nunmehr kommt die Note, die Ihnen aus der Presse bekannt ist, mit ihrem vollkommen neuen System.

Um Klarheit über die Vorgänge zu erlangen, erscheint es mir erforderlich, daß ich Ihnen etwas ausführlicher schildere den Gang der Verhandlungen, die zur Ministerkonferenz geführt haben, den Inhalt der Note nochmals kurz mit Ihnen durchnehme und einige Worte der Kritik daran knüpfe, und daß ich zum Schluß die Darlegung der Stellungnahme der Regierung gebe.

Die Ministerkonferenz von Paris und die heutige Note hängen eng zusammen mit den Vorgängen in Spa. Nachdem die Alliierten eingesehen hatten, daß sie mit dem Notenwechsel zu einem günstigen Ausgang in den schwebenden Fragen über die Ausführung des Friedensvertrages nicht gelangen würden, haben sie endlich es über sich gewonnen, die deutsche Regierung zur Entsendung berufener Vertreter zu einer gemeinsamen Besprechung der verschiedenen Themata nach Spa zu laden. Vorher waren die Vertreter der Alliierten in Boulogne zusammengekommen und hatten sich verständigt. Schon in Boulogne ist die Schadenersatzsumme festgestellt worden. Die deutsche Regierung hat von diesem Ergebnis von Boulogne niemals eine amtliche Mitteilung bekommen. (Hört, hört!) In Spa kam die feierliche Zusage des Präsidenten der Konferenz, daß wir, nachdem die Reparationsfrage von der Tagesordnung gestrichen war, in Genf nochmals darüber verhandeln sollten. Die Zusammenkunft in Genf verzögerte sich mehr und mehr und es bestand die Gefahr, daß die Verhandlungen über die Wiedergutmachungssumme zu einer unüberwindlichen Spaltung in den Meinungen der beteiligten Länder führen würde. Infolgedessen habe ich es für meine Aufgabe gehalten, die Anregung zu geben, daß Sachverständige von Land zu Land sich über die wichtigen Themata der Reparation verständigen sollten. Diese Anregung, die zunächst günstig von einem Teil der Alliierten aufgenommen wurde, ist aber nicht zur Durchführung gelangt. Es kam dann das Gegenprojekt von Delacroix, das die Angelegenheit der Wiedergutmachungskommission zurückwies. Lange hat es gedauert, bis die Sachverständigen endlich nach Brüssel zusammenberufen wurden. Die Brüsseler Verhandlungen sind Ihnen allen noch in frischer Erinnerung. Sie sind vertagt worden. Während der Verhandlungen, die zwischen Herrn Bergmann als deutschem Vertreter und zwischen Seydoux als Vertreter der Alliierten in Paris geführt wurden, ergab sich, daß Seydoux mit einem neuen Plan hervortrat, daß Deutschland zunächst 5 Jahresraten zahlen sollte und dann erst die Gesamtschuld festgestellt würde. Es war das zunächst unverbindlich. Dann trat aber die französische Regierung durch ihre hiesigen Vertreter an die deutsche Regierung heran, wie sie sich zu dem Vorschlag von Seydoux stelle. Es haben darüber vier Verhandlungen stattgefunden, und alle Instanzen haben sich schließlich damit einverstanden erklärt, daß die deutsche Regierung den Vorschlag Seydoux' als Grundlage für die Verhandlungen annehme unter den bekannten Vorbehalten, daß die Ziffer dann festgesetzt werden würde, nachdem über die Umstände gesprochen sein würde, unter denen die Verhandlungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Brüssel stattfänden, und daß zugleich gesprochen werden sollte über die Methoden, nach denen die Grundgedanken Seydoux' in die Tat umgesetzt werden können. Die britische Regierung trat durch ihre hiesigen Vertreter an die deutsche Regierung heran, auf diesen Vorschlag der französischen Regierung einzugehen. Sie erklärte offiziell, daß sie sich der französischen Regierung anschließe. (Hört, hört!) Seydoux setzte nunmehr an die Stelle der ersten Jahresrate eine hohe Gesamtsumme und der Wiederaufbauminister Loucheur führte sogar aus, daß es für die französische Industrie sehr bedenklich sein würde, wenn sie die Reparation von Deutschland durch Sachleistungen tilgen ließe. Das wäre für die französische Industrie eine schwere Konkurrenz. Man hat nun merkwürdigerweise trotz dieses von unseren Beschlüssen gänzlich unabhängigen Vorschlages der deutschen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in der ganzen Angelegenheit nicht richtig verfahren sei. In der deutschen Presse wird aber der deutschen Regierung vorgeworfen, daß sie nicht selbst, bevor die interalliierten Ministerpräsidenten zu ihrem Ergebnis kamen, mit positiven Vorschlägen herausgekommen wäre. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Wir sind mit positiven Vorschlägen herausgekommen. Ich will weiter gar nicht sprechen von dem Vorschlag, den wir schon im September 1919 gemacht haben, und der sich auf die technische Durchführung des Wiederaufbaues des zerstörten Gebietes bezog. Ueber den damaligen Vorschlag hat ein kurzer Wechsel von Regierungsäußerungen stattgefunden. Auf unsere letzte Aeußerung sind wir nicht mit einer Antwort versehen worden. Aber wir haben doch in Spa Vorschläge gemacht, naturgemäß Vorschläge, die noch nicht sehr eingehend sein konnten. Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten der Materie war die deutsche Regierung damals erst wenige Tage im Amt und hatte sich die schwierige Materie nur mit äußerster Anstrengung zu eigen machen können. Trotzdem legten wir drei Vorschläge vor: 1. einen Finanzierungsplan; 2. einen Plan für Sachleistungen aus der Reparationsschuld und 3. einen Plan für die technische Durchführung des Wiederaufbaus. Diese drei Pläne sind in Spa übergeben worden und wir hatten Grund anzunehmen, daß diese Pläne als Grundlage der Weiterverhandlungen in Genf dienen würden. Wir haben aber keine Antwort darauf bekommen, außer höhnischen Kritiken der Pariser Presse. Auch ist zu berücksichtigen, daß die festen Pläne, die wir jetzt machen können, immer noch außerordentlich in Unsicherheit schweben. Ich will nur ein Wort „Oberschlesien“ aussprechen, um zu zeigen, daß wir wirklich feste Pläne überhaupt nicht, auch nicht in alternativer Form machen können. (Hört, hört!) Es müßte so aussehen, als ob man in Oberschlesien aufbauen wollte. Dazu kommt die fortgesetzte Unstetigkeit unserer Währung und Wirtschaftsverhältnisse. Pläne können wir nur dann machen, wenn wir einigermaßen klar sehen über die Möglichkeiten, diese Unstetigkeit durch Entgegenkommen unserer Gegner auszugleichen. Ein weiterer Vorwurf ist uns daraus gemacht worden, daß wir den Plänen von Seydoux Bedingungen entgegengestellt hätten. Dazu kann ich erklären, daß Deutschland keine Bedingungen gestellt hat, sondern es handelte sich immer um die Umstände und Voraussetzungen, die für die Erfüllung von Forderungen gestellt werden mußten.

Der französische Botschafter, Herr Laurent, hat mir selbst erklärt, daß selbstverständlich alle in Brüssel behandelten Fragen weiteren Auseinandersetzungen und weiteren Verhandlungen unterliegen müssen. (Lebhaftes Hört, hört! Große Bewegung.) Ich kann wohl darauf hinweisen, daß noch niemals im Verlaufe der Geschichte ein Volk so offen seine Karten aufgedeckt hat, wie das deutsche Volk. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn da manches vielleicht nicht gestimmt hat, so liegt das nur an dem Mangel der notwendigen statistischen Unterlagen, denn während einer Zeit Statistiken zu bringen, wo man fünf Jahre Krieg und dann noch einen Umsturz hinter sich hat, ist keine leichte Sache. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich kann diesen ganzen Vorwürfen nur entgegenhalten, daß sie von einem Mißtrauen und von einer Ungeduld diktiert sind, wie sie uns auch aus den Kreisen der Alliierten immer wieder entgegentreten. Zur Charakterisierung der Note kann ich nur sagen: Ich halte sie für ein überhastetes Ergebnis einer schwierigen Verhandlung. Ich möchte nun auf den Inhalt der Note eingehen. Ich will einen kurzen Ueberblick über die Note geben und dann dazu Stellung nehmen. Sie zerfällt in drei große Unterabschnitte: Die Heeresklausel, die Marineklausel und die Luftklausel. Innerhalb dieser Hauptabschnitte gibt es zwei Partien, die erste, die sich mit den Verfehlungen beschäftigt, die Deutschland nach Ansicht der Alliierten begangen hat; die zweite bezieht sich auf die Entschließungen, die daraufhin von der Entente getroffen worden sind. Aus allem ergibt sich eine Dreiheit von Differenzen. Auf der einen Seite handelt es sich um Meinungsverschiedenheiten, wo die deutsche Regierung aus Gründen einer Notlage beantragt hatte, ihr Rechte über den Friedensvertrag hinaus zu gewähren. Der zweite Teil bezieht sich auf solche Fälle, wo Deutschland und die Alliierten den Wortlaut des Friedensvertrages nicht einheitlich auslegen. Der dritte Teil ist derjenige, wo die Alliierten, ohne weitere Gründe anzugeben, in ihren militärischen Forderungen über den Inhalt des Friedensvertrages hinweggehen. (Hört! hört!) Ich sage noch einmal, es handelt sich hier um Entscheidungen, die uns mitgeteilt sind, ohne daß wir gefragt worden sind. Dies enthebt uns nicht der Stellungnahme. Die Stellungnahme ist aber nur möglich, wenn das außerordentlich verwickelte Material von den zuständigen Ressorts eingehend geprüft wird.

Das erste Kapitel, wo wir mehr geleistet haben, wie uns nach dem Friedensvertrage zukam, betrifft die Entwaffnungsfrage. Es ist nötig, daß wir hier nicht nur mit den technischen Ressorts, sondern auch mit den zuständigen Landesregierungen Fühlung nehmen. Diese Fühlungnahme ist eingeleitet. Sie wird durchgeführt im Geiste loyaler Anerkennung der Verpflichtungen, die wir mit dem Friedensvertrag übernommen haben. Ich kann dieses Thema nicht verlassen, ohne dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß in der Note der Entente kein Wort der Anerkennung für das steht, was wir in der Entwaffnung schon geleistet haben. (Gelächter links, Rufe rechts: „Ruhe!“) Sie lachen, meine Herren. Ich kann sagen, kein Volk der Welt hat auf diesem Gebiete so viel geleistet, wie jetzt das deutsche. Ich kann hier als sachverständiger Zeuge der Verhandlungen in Spa sagen, kein Mensch, auch nicht unsere Gegner, haben je geglaubt, daß wir in dieser Zeit so viel würden leisten können. (Lebhafte Zustimmung.) Trotzdem aber noch das Mißtrauen, das sich in den wiederholten Drohungen mit Sanktionen ausdrückt, die bei Nichterfüllung der Entscheidungen in der Entwaffnungsfrage über uns verhängt werden sollen.

Ich gehe nun zu der Reparationsfrage über, die sich auf die Artikel 231 und 232 des Versailler Vertrages bezieht. Diese Zahlungen sollen bis zum Jahre 1963 gehen, ansteigend im Betrage von 2 Milliarden Goldmark bis 6 Milliarden Goldmark, von denen die 6 Milliarden Goldmark 30 Jahre hindurch die Regel sein werden. (Lebhaftes Hört! hört!) Die jetzigen Forderungen enthalten eine erhebliche Differenz. In Boulogne verlangte man 226 Milliarden, jetzt sind es bereits 269 Milliarden geworden. (Hört! hört!) — Die zweite Form des Systems ist die der variablen Zahlungen. 42 Jahre lang soll Deutschland 12 % des Wertes der deutschen Ausfuhr zur Verfügung stellen. (Lebhafte Zurufe: „Unerhört!“) Charakteristischerweise ist die Form aufgestellt auf der Grundlage einer Handelsbilanz, die auf der Ausfuhrseite mit 8 bis 16 Milliarden (Gelächter) abschließt, einer Bilanz, die Deutschland selbst in seiner Blütezeit nicht erlangt hat. So glaubt man die Differenz mit der Boulogner Forderung zu überbrücken. Die fixen Raten sind nach Ablauf eines halben Jahres, die variablen 2 Monate nach Ablauf zu leisten. Die Zahlung der fixen Raten erfolgt in Bons, die während des ganzen Zeitraumes von 42 Jahren mit Fälligkeitsbestimmung gegeben werden sollen; die der variablen Raten erfolgt in Gold. Als Sicherheit sind große Eingriffe in die Zollverwaltung vorgesehen. Bei Säumnis hat die Reparationskommission die Befugnis, die gesamte Zollverwaltung in die Hände zu nehmen. (Bewegung.) Sie kann Deutschland in Verzug nehmen. Der Verzug ermächtigt dann die Alliierten, nach ihrem Ermessen Maßnahmen zu treffen. (Hört! hört!) Für die variablen Raten ist eine strenge Ausfuhrkontrolle vorgesehen, die tief einschneidet in das deutsche Wirtschaftsleben.

Neben allen diesen Sicherheiten ist der Kelch der Verpflichtungen Deutschlands noch nicht geleert. (Bewegung.) Zu den Restitutionen aus dem Friedensvertrag für das, was Deutschland aus dem besetzten Gebiet weggeführt hat, kommen die Okkupationskosten, die jährlich etwa 15 Milliarden betragen. (Hört! hört!) Dazu kommen die Kosten für die zahlreichen Kommissionen, die in Deutschland noch ihre Tätigkeit ausüben, endlich die Beträge aus dem Ausgleichsverfahren, die für Deutschland besonders drückend sind. Völlig unklar sind folgende Fragen: Wie steht es mit der Anrechnung der vielen Werte, die wir bereits hingegeben haben? Davon ist gar keine Rede. — Wo bleibt die Anrechnung der 20 Milliarden Goldmark? (Hört! hört!) Nichts steht in dem Programm über die Anrechnung der vielen Sachwerte, die wir bereits geleistet haben. Ferner ist nichts darüber gesagt, ob, wenn wir die Bons hingegeben haben, die Schatzscheine und die Schuldverschreibungen an den Inhaber zurückgegeben werden, wie wir solche bei Inkrafttreten des Friedensvertrages in die Hände unserer Feinde gelegt haben.

Abgesehen von diesen Dingen enthält das neue Programm Widersprüche gegenüber dem Friedensvertrag. Der Vertrag gibt uns das Recht, bis zum 1. Mai 1921 eine feste Gesamtsumme unserer Schuld zu erfahren. Statt dessen wird uns eine variable Summe angegeben, denn eine feste Summe zuzüglich einer variablen ist letzten Endes eine variable. Das ist das, was Deutschlands Wirtschaft auf die Dauer nicht ertragen kann. (Sehr richtig!) Dann hat uns der Vertrag wenigstens das zugestanden, daß wir nur ein knappes Menschenalter, nur 30 Jahre, an diese Kriegsschuld gebunden sind, wenn wir nicht im Rückstand sind. Jetzt wird uns ein Bestehen auf 42 Jahre zugemutet. — Es ist uns gesagt worden, daß, wenn wir die 20 Milliarden geleistet und die Schatzscheine über 40 Milliarden ausgestellt hätten, daß dann eine sorgfältige Prüfung einsetzen sollte, ob wir überhaupt imstande sind, die Zinsen zu tragen und die Amortisation durchzuführen. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Der Ausgangspunkt ist überhaupt verschoben. Wir sollen die Bons über 42 Milliarden sofort in die Hände der Alliierten geben. Nach dem Vertrage sollte zunächst einmal der gesamte Schaden festgestellt werden. (Sehr wahr!) Auch die willkürlichen Methoden der Schätzung, die angewandt sind, sind in Frankreich selbst starken Angriffen ausgesetzt gewesen. (Hört! hört!) Vielfach waren sie als Willkür bezeichnet. Vielfach wird darauf hingewiesen, daß das Geld, das Frankreich zu Reparationszwecken erhalten hat, verschwunden ist, ohne daß dafür auch nur eine Mauer aufgerichtet ist. (Lebhaftes Hört! hört!). Der ehemalige Präsident der französischen Republik hat in der „Revue des deux mode“ vom 1. Dezember 1920 auseinandergesetzt, die Schätzungen der technischen Sachverständigen der französischen Regierung seien viel zu niedrig und infolgedessen wurden die Sachverständigen aufgefordert, ihre Schätzungen zu erhöhen. Auch Briand hat in seiner ersten Kammerrede darauf hingewiesen, daß in der ganzen Frage des Wiederaufbaues starke Mißbräuche vorgekommen seien. Vor allem sollte aber doch Deutschland gehört werden. Bisher ist aber Deutschland hinsichtlich der Festsetzung der Schäden noch nicht gehört worden. Die weitere Voraussetzung der Festsetzung der gesamten Schuldverhältnisse ist und war die Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, eine Frage, an deren Prüfung später die Brüsseler Konferenz herantrat. Diese Besprechungen sind noch unbeendet und wir müssen Wert darauf legen, daß sie vollendet werden. Infolgedessen können wir nur annehmen, daß die Summe, die uns jetzt gegeben wird, eine willkürlich gegriffene ist. Dazu kommt die Frage der Sicherungen, die die Gegner sich geben lassen wollen. Sie wollen das ganze Zollsystem einem Generalzolleinnehmer unterstellen. Im übrigen hat doch Herr Clemenceau ausgeführt, daß es nicht die Absicht der Alliierten sei, in die Freiheit der deutschen Wirtschaft vernichtend einzugreifen. Aber ob auch dieses Arrangement den Bestimmungen des Vertrages widerspricht oder nicht, das würde von weniger Bedeutung sein, wenn es praktisch und gangbar wäre, und da ist die deutsche Regierung nach sorgfältiger Prüfung der Ueberzeugung, daß es weder eine praktische noch eine gangbare Lösung gibt. (Sehr richtig!) Die feste Summe von 269 Milliarden ist ja mehr, als vielleicht das ganze deutsche Volk besitzt. Es wäre ein wahrer Widersinn, das deutsche Volk mit einer derartigen Summe zu belasten, wo wir den Gegnern nachgewiesen haben, wie schlecht es mit unseren Finanzen steht.

Dann aber kommt doch diese Auferlegung der 269 Milliarden in Raten von 6 Milliarden vollständig auf eine wirtschaftliche Versklavung des deutschen Volkes heraus. (Sehr richtig!) Es gibt eine Bestimmung, wonach Deutschland einen Rabatt von 8 % empfangen soll, wenn es seinen Verpflichtungen früher als vorgesehen nachkommt. (Zuruf rechts: Das ist reiner Hohn gewesen. — Sehr richtig!) Dieser Vorschlag kommt darauf hinaus, daß Deutschland sich einen Gläubiger sucht, der ein größeres Darlehen zur Ablösung dieser Verpflichtungen gibt. Ich glaube nicht, daß wir einen Gläubiger finden, der uns das Darlehen so billig gibt, daß wir von einem Rabatt von 8 % Vorteile haben. Die Schweiz hat für ihr letztes Darlehen über 9 % genommen. Und wenn wir einen solchen Gläubiger finden, wird uns die Aufnahme des Darlehens durch eine höchst eigenartige Bestimmung unmöglich gemacht. Danach soll Deutschland auf jede Geldaufnahme verzichten, die nicht die Zustimmung der Reparationskommission hat. Das gilt nicht nur für die deutsche Regierung, sondern für die Regierung jedes Landes. (Hört, hört! Zuruf: Kredit-Blockade!) Es ist klar, daß die Entente oder derjenige Staat der Entente, der als Geldgeber zunächst in Betracht kommt, den Wunsch hegt, die Kredite an uns zu vermitteln. Wir sind also von unsern natürlichsten Geldgebern hierdurch abgeschnitten.

Ich komme dann zu einer andern wirtschaftlich wichtigen Maßnahme, der Ausfuhr-Abgabe. Diese Ausfuhr-Abgabe von 12 % wird auf das ganze Gebiet der deutschen Ausfuhr ausgedehnt. Sie ist unsinnig stark und nach außen wie nach innen schädlich. Wie kann man die gesamte Ausfuhr über einen Kamm scheren in bezug auf die Höhe der Abgaben? Bei einer Steigerung der Mark und der deutschen Preise muß sich diese Bestimmung als Drosselung der deutschen Betriebe auswirken. Ich weiß nicht, ob das beabsichtigt ist. (Zuruf: Natürlich!) Entweder das Ausland trägt diese 12 %, dann wird uns das vielfach auf denjenigen Märkten Schwierigkeiten schaffen, auf denen wir vorzugsweise Absatz haben, oder aber es muß bei uns bezahlt werden. Da wäre die Zeit sinkender Konjunktur verheerend. Dann sinkt natürlich auch der Unternehmergewinn und diese Abgaben bleiben haften auf den Unternehmergewinnen und den Arbeitslöhnen. (Große Unruhe bei den Komm. und USP.) Es wäre also eine unliebsame Konkurrenz der ehrlichen freien Arbeit, und die Entente würde den großen Markt der Welt erobern. Gerade von der deutschen Export-Industrie kann doch allein die Finanzierung der riesigen Summe hergenommen werden. Von einem solchen Ueberschuß sind wir noch weitenfern, solange wir unsere Rohstoffe soviel teurer einkaufen müssen, als wir unsere eigenen Waren für das Ausland verkaufen.

Ich halte mich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Alliierten uns haben wissen lassen, sie hätten aus einem gewissen Gefühl des Taktes auf einen formellen Eingriff in unsere Steuerhoheit verzichtet. (Zuruf: Hohn!) Ich muß darauf hinweisen, weil Lloyd George darauf ausdrücklich Bezug genommen hat.

Die Sanktionen beziehen sich auf folgende Punkte: 1. Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande. 2. Besetzung neuen deutschen Gebietes. 3. Errichtung eines besonderen Zollregimes in den Rheinlanden und 4. Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. (Stürmische Heiterkeit.) Die erste Bestimmung widerspricht meiner Ansicht nach dem Sinn, Geist und Wortlaut des Friedensvertrages. Die Besetzung kann erst dann verlängert werden, wenn sich herausstellt, daß wir nicht getan haben, wozu wir uns verpflichtet haben. (Zuruf links: Das ist das deutschnationale Aktionsprogramm von 1914. Große Unruhe rechts.) Ich möchte Sie (nach links) dringend bitten, während der durchaus sachlichen Darstellung des Inhalts der Note nicht durch Zurufe die Stimmung im Hause so zu irritieren, daß wir dadurch zu einer wenig klaren Stellungnahme kommen können. Man kann uns nicht für einen Vorschlag schon Sanktionen aussprechen, wenn wir den Vorschlag nicht annehmen, denn dann ist es kein Vorschlag mehr. Was den vierten Punkt anlangt, so muß Lloyd George schon gestatten, daß ich seine Drohung mit dem Widerspruch gegen den Eintritt in den Völkerbund solange als verfrüht ansehe, als wir einen Antrag auf Eintritt in den Völkerbund noch nicht gestellt haben. Ich weiß mich rein von dem Verdacht, als ob ich den großen Gedanken eines wahren Bundes der Völker gering achte. Ich brauche mich nur auf das Zeugnis des Abgeordneten Schücking zu berufen. Lachen rechts. Großer Lärm links.) Ich bringe der Entwicklung der Menschheit nicht nur volles Verständnis, sondern warme Teilnahme entgegen. In den Völkerbund, wie er jetzt besteht, einzutreten, ist für Deutschland nicht mit soviel Lockungen verbunden, daß es uns einfällt, um die Aufnahme zu ersuchen.

Ich will nur ganz kurz auf das Schreiben eingehen, mit dem uns die beiden Ausgeburten der Gegner überreicht wurden. Ich habe schon gesagt, daß es sich nur um Vorschläge französischer „Propositionen“ handelt. Es wird uns gesagt, daß Bevollmächtigte der deutschen Regierung eingeladen werden würden, sich Ende Februar mit Delegierten der Alliierten in London zu treffen. Die Einladung selbst ist nur angekündigt. Solange sie nicht erfolgt ist, können wir sie weder annehmen, noch ablehnen. Wir müssen abwarten, aber schon jetzt muß die deutsche Regierung erklären, daß das Arrangement, wie es uns in der zweiten Note der Entente vorgelegt worden ist, von uns als eine mögliche Grundlage für weitere Verhandlungen nicht angesehen werden kann. (Lebhafter Beifall.) Es wird selbstverständlich unsere Pflicht sein, nunmehr alle Mittel anzuwenden, um trotz der

ungeheuren Schwierigkeiten zu deutlichen und klaren deutschen Gegenvorschlägen zu kommen. Wenn diese Gegenvorschläge dann so ausfallen, daß die öffentliche Meinung der anderen Länder darüber in Entrüstung gerät, dann wird es nicht unsere Schuld sein, nachdem die Alliierten durch derartige Vorschläge die Welt in Erstaunen gesetzt haben. Ich möchte bei der Gelegenheit aber die eine Warnung aussprechen: Man soll nicht glauben, daß man, wenn man diese Vorschläge uns jetzt vielleicht als Diktat gäbe, soviel aus Deutschland herauswirtschaften kann, wie man sich jetzt vorstellt. Wenn der Deutsche Großes leisten soll, muß er seinen freien deutschen Willen haben. Als Sklave wird der Deutsche nicht arbeiten, sondern nur als freier deutscher Mann. (Zustimmung.) Es ist für uns — damit komme ich zum Schluß — ein wertvolles Zugeständnis der Alliierten, daß sie in ihrem Arrangement an so vielen Stellen den Boden des Friedensvertrages verlassen haben. Sie haben damit anerkannt, daß mancher in den Vorschlägen des Friedensvertrages während der Zeit, die seit seiner Fassung verflossen ist, sich als undurchführbar herausgestellt hat. (Sehr richtig!) Wir werden von dieser Erkenntnis Gebrauch machen.

Ich fasse die Erklärung noch einmal dahin zusammen: Wir können auf die Grundlagen des Arrangements, das uns die Alliierten jetzt übergeben haben, als Basis weiterer Verhandlungen nicht treten und wir werden jetzt versuchen, Vorschläge auszuarbeiten und werden damit an die Alliierten herantreten. (Beifall.)

Präsident Löbe schlägt vor, die Besprechung der Erklärung auf Mittwoch zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Adolf Hoffmann (Komm.) widerspricht der Vertagung und gibt folgende Erklärung seiner Fraktion dazu ab: Die von der Entente überreichten Forderungen sind in ihrer Art nicht überraschend. Sie haben einen gewissen Raubcharakter, der jedem kapitalistischen Staat eigentümlich ist und nicht zum wenigsten.... (Präsident Löbe bittet den Redner, nicht auf die Materie selbst einzugehen.)

Adolf Hoffmann fortfahrend: und nicht zum wenigsten auch dem deutschen Imperialismus eigentümlich ist. (Lebhafte Pfuirufe.) Wenn der Reichstag bereits gestern auf Ersuchen der Regierung die Erörterung über diese bedeutsame Angelegenheit aussetzte, unterstrich er den völligen Bankerott, den die bisherige auswärtige Politik der Regierung gemacht hat.

Präsident Löbe: Ich kann Ihnen das Wort nicht weiter gestatten. (Beifall, Rufe: „Raus!")

Adolf Hoffmann fortfahrend: Ich habe der Vertagung widersprochen, die der Reichstag angesichts einer fadenscheinigen und hohlen Erklärung der Regierung (große Unruhe und Schlußrufe) vornehmen will.

Müller-Franken (SD.) bittet, es bei dem Vorschlag des Präsidenten zu belassen. Große Parteien des Hauses haben den Wunsch ausgesprochen, ehe sie zu der Erklärung sprechen lassen, selbst Stellung zu nehmen. Der Abgeordnete Hoffmann mag es den Parteien überlassen, die Würde des Hauses zu wahren, die auf dem Boden der Verfassung stehen. (Beifall.)

Schiffer (DDP.): Der Abg. Hoffman hat seine Meldung zur Geschäftsordnung zu einem Ueberfall auf das Haus mißbraucht. Wir lehnen es ab, in diesen Ton einzustimmen, wenn wir die Angelegenheiten des Vaterlandes behandeln. Nicht nur jeder Minister, sondern jeder Abgeordnete, der hier zu sprechen hat, ist verpflichtet, jedes Wort auf die Wagschale zu legen, das hier aus dem Hause heraustönt. Wir haben hier eben eine Rede des Ministers gehört, über die der Abg. Hoffmann schon mit einem vorher stilisierten Urteil fertig war. Wir halten es für die Pflicht des Abgeordneten, erst zu hören und dann zu urteilen.

Ledebour (USP.): Auch ich habe im Seniorenkonvent den Wunsch ausgesprochen, daß wir die Erörterung sofort an die Erklärung anschließen wollten. Da aber die andern Parteien ganz übereinstimmend sich für die Vertagung aussprachen, haben wir mit Rücksicht auf die außerordentliche Bedeutung dieser Angelegenheit davon Abstand genommen. Ich muß es aber bedauern, daß der Abg. Schiffer seinerseits leider dem Lockruf des Abg. Hoffmann gefolgt ist.

Der Vertagungsantrag des Präsidenten findet die Unterstützung aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 1 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung, dritte Lesung des Etats, Vornahme der zurückgesetzten wichtigen Abstimmungen. — Schluß gegen 6 Uhr.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Achtung, Bürgerschaft!

In der äußerst wichtigen Sitzung heute nachmittag müssen alle Genossen zur Stelle sein und bis zum Ende anwesend bleiben. Die Tagesordnung verlangt pünktliches und vollzähliges Erscheinen!

Sitzung der Vorstände der freien Gewerkschaften und der des AfA-Bundes

heute, Mittwoch, 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, im tiefliegenden Restaurant des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Streik der Metallarbeiter. Alle Gewerkschaftsvorstände müssen unbedingt vertreten sein.

Die Giftspritze vom Dreckwall

begeifert tagtäglich morgens und abends bekannte sozialdemokratische Politiker Hamburgs. Daß die Sachkenntnis dabei im umgekehrten Verhältnis zur todtrigen Ueberheblichkeit des Tons steht, hat ihr bei der Deutschen Volkspartei eine gute Nummer verschafft.

In einer der letzten Nummern des einstmals nobel und sachkundig geleiteten „Hamb. Correspondent" wurde neben der Oberschulbehörde, die ja neben der Polizeibehörde immer herhalten muß, zur Abwechslung einmal die Gewerbeschulbehörde vorgenommen. Es wird eine offenbar auf unrichtiger Information beruhende Zuschrift eines Dr. Blasius abgedruckt, in der der Gewerbeschulbehörde, der unser Parteigenosse Senator Schumann vorsteht, der Vorwurf gemacht: sie habe, nachdem ein Dozent, demgegenüber die Behörde „mit ihren Zahlungen beträchtlich im Rückstand" gewesen sei, und deswegen ausgeschieden wäre, einige Vertragslehrer mit der Uebernahme von dessen Stunden beauftragt. Sie habe denen dafür aber nur ⅗ des Honorars geboten, was die sonst als Dozenten an Vergütung erhielten. Als die deswegen sich geweigert hätten, die Stunden aufzunehmen, sei ihnen gedroht, sie würden als kontraktbrüchig behandelt. Als das keinen Eindruck auf die Lehrer gemacht hätte, habe man den Angestelltenausschuß, den man vorher übergangen hätte, angerufen.

Und dann wird auf die „sozialistisch geleitete Behörde" losgehauen.

Wir haben uns über die Angelegenheit informiert und erfahren:

Vor einiger Zeit bat ein vertraglich angestellter Diplom-Ingenieur um Entlassung, da er im Privatdienst ein besseres Fortkommen zu finden hoffte. Die Behörde genehmigte entgegenkommenderweise das Absehen von der Innehaltung der Kündigungsfrist und beurlaubte den Lehrer sogar bis Ende Januar, um ihm den Uebergang in jeder Weise zu erleichtern. Für die Vertretung sollten einige andere vertraglich angestellte Lehrer herangezogen werden. Für solche Stunden wird nach einer Vereinbarung mit der Finanzdeputation eine Vergütung von zurzeit 15 *M* für die Stunde gewährt. Die Vertragslehrer forderten aber 25 *M* und weigerten sich, die Stunden zu 15 *M* zu geben. Die Behörde konnte über die auf Grund des Tarifvertrages festgestellten Sätze selbstverständlich nicht hinausgehen ohne Genehmigung des Senats, der aber die Zustimmung nicht gab, sondern es bei dem bisher in solchen Fällen gewährten Satz beließ. Im Grunde genommen handelt es sich in diesem Falle eigentlich um Ueberstunden, die bei dringendem Bedürfnis nach dem Tarifvertrag unentgeltlich gegeben werden sollten. Die Lehrer sind aber der Meinung, daß es sich um eine nebenamtliche Beschäftigung handelt. Der Angestelltenausschuß wird zunächst zu dieser Frage gehört und die Angelegenheit wird sachlich erledigt werden. Wir wollen in das noch schwebende Verfahren nicht eingreifen. Leider bedeutet das Verhalten der Lehrer eine Schädigung der Schüler, deren sich aber einige andere Lehrer angenommen haben. Die Behörde, die übrigens in ihrer überwiegenden Mehrzahl aus bürgerlichen Mitgliedern besteht, wird in ihrer nächsten Sitzung die Angelegenheit erledigen.

So die Tatsachen. Derartige Differenzen sind natürlich auch früher vorgekommen. Die Akten in den Behörden erzählen Berge davon. Nur, daß in früheren Zeiten die Beamten in solchen Fällen selten oder nie zu ihrem Recht kamen. Heute, bei sozialistischem Einfluß im Staatswesen, sind die Beamten aber geradezu mit einem Wall von Rechtsgarantien umgeben, daß ihren berechtigten Interessen nicht ein Tüttelchen Schaden geschehen kann.

Doch die Giftspritze am Dreckwall folgert so:

Diese Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungswesen scheint der zweifelhafte Ruhm ihrer sozialistischen Schwesterbehörde, der Oberschulbehörde, nicht schlafen lassen zu wollen. Nach Herrn Krause nun auch Herr Schumann, den man immer für recht verständig hielt. Aber es ist eben der Geist der Unduldsamkeit, der diese Blüten treibt. Das Verhalten der sozialistischen Oberschulbehörde schreit ja allgemach zum Himmel. Rücksichtslos wird über die Köpfe aller demokratischen Instanzen hinweg mit den schulpflichtigen Kindern der Hamburger Eltern herumexperimentiert, nur zu dem einen Zweck, diesen Kindern den sozialistischen Kulturersatz mit Gewalt einzutrichtern. Es wird die höchste Zeit, daß der eiserne Besen in Funktion tritt!

Wir möchten den Ignoranten, der aus diesen Zeilen spricht, auffordern, uns einen einzigen Fall zu nennen, in dem die Oberschulbehörde „rücksichtslos über die Köpfe aller demokratischen Instanzen hinweg" irgend etwas getan oder beschlossen hat. Wenn er es nicht kann, ist er ein leichtfertiger Verleumder. Ein Verleumder, der in seiner blinden sozialistenfeindlichen Wut nicht einmal sieht, wie er seine nichtsozialistischen Freunde in der Oberschulbehörde, die in der Behörde die Mehrheit haben, ebenfalls verleumdet und begeifert. Wenn die sich aus wahltaktischen Gründen das gefallen lassen, mögen sie, wir wollen dem Burschen auf seine Finger klopfen und den Hamburger sozialistischen Volkskreisen zeigen, wessen sie sich zu versehen haben, wenn diese Sorte Menschen am 20. Februar wieder zu Macht und Einfluß in Hamburg gelangen werden.

Angestellte beiderlei Geschlechts!

Handlungsgehilfen,
Bureauangestellte,
Versicherungsangestellte,
Bankangestellte,
Techniker,
Werkmeister!

Diejenigen sozialdemokratischen Angestellten, die die Verteilung von Flugblättern unter den Angestellten in den Betrieben usw. für die Bürgerschaftswahlen übernehmen und an einer Besprechung über die weitere Agitation unter den Angestellten teilnehmen wollen, müssen ihre Adresse sofort dem Parteibureau der sozialdemokratischen Partei, Große Theaterstraße 44, einsenden.

Angestellten-Werbeausschuß der sozialdemokratischen Partei.

Harter Verlust. Einem Kriegsbeschädigten, älteren technischen Angestellten, Vater einer großen Familie, der von Schicksalsschlägen hart verfolgt wird und in bedrängtesten Verhältnissen lebt, ist am Montag morgen, 8½ Uhr, am Hochbahnhof Berlinertor seine braune, lederne Handtasche abhanden gekommen. Dieselbe enthielt außer Papieren u. a. seine sämtlichen technischen Werkzeuge, die jetzt unerschwinglich hoch im Preise stehen. Dadurch ist dem Verlierer seine ganze Existenz abgeschnitten, wogegen dem Finder nur ganz geringe Vorteile aus der Aneignung erwachsen. Der hart betroffene Verlierer hat indes die Hoffnung noch nicht aufgegeben, sein ihm unersetzliches Eigentum noch zurück zu erhalten. Er bittet den ehrlichen Finder, die Tasche nebst Inhalt bei Leusch, Eiffestraße 394, abzugeben.

Im Kontor überfallen. Als ein Auktionator in seinem Kontor am Altenwall 66/68 allein saß, wurde er von zwei unbekannten Leuten überfallen. Während der eine ihn festhielt, schlug der zweite Täter, weil er sich wehrte, mit einem Instrument auf ihn los und verletzte ihn am Kopf und Rücken. Dann betäubte man ihn durch Vorhalten eines mit Chloroform getränkten Lappens. Da die Beiden nur eine goldene Doppelkapselnuhr nebst Panzerkette raubten, wird angenommen, daß sie verscheucht worden sind. Sie entkamen unerkannt.

Zur Bluttat in der Schmuckstraße wird mitgeteilt, daß die Identität des erschossenen Unbekannten noch nicht einwandfrei festgestellt werden konnte. Es ist aber sicher, daß der Name Peter Schneider auf ihn nicht zutrifft. Der Unbekannte dürfte sich diesen Namen auf den er Briefe bei sich führte, nur zugelegt haben, weil er sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht hat. Näheres muß die Untersuchung ergeben.

Endlich erwischt. Vor etwa 1½ Jahren veruntreuten zwei Beamte der Reichsverwertungsstelle ihnen anvertraute Güter. Nachdem man einen bereits derzeit verhaften konnte, wurde jetzt der andere, der sich unter falschem Namen hier aufhielt, ermittelt und festgenommen.

Altona und Umgegend.

Die nächste Sitzung der städtischen Kollegien findet am Donnerstag, 10. Februar, im Rathause statt.

Reiche Beute machten Diebe an der Elbchaussee. Dort wurden durch Einbruch folgende Sachen gestohlen: 1 Tausendmarkschein, 1 dänisches 20 Kronenstück, 1 Brillantbrosche mit einem Stein, 1 Brillantbrosche mit einem Stein und zwei Rubinen, 1 silberne Brosche mit braunem Stein, 1 silberne Brosche mit Bernsteintropfen, 2 Brillanten in einem Kettenstück, 2 Damenringe mit Brillanten, 1 goldene Kette, 1 Tula-Damenkette, 1 vierblättrige Kleeblattbrosche mit echter Perle, 1 Stahlbrosche mit Kleeblatt, 1 silbernes Armband, 1 Skunkskragen, 1 braunlederne Handtasche sowie 37 fertige Reparaturuhren; Gesamtwert 30 bis 35 000 *M*. Für die Wiederherbeischaffung der Sachen hat der Geschädigte 2000 *M* Belohnung ausgesetzt.

Wie wir erfahren, sind die Wählerlisten sehr wenig eingesehen worden. Nach den bisher gemachten Erfahrungen läßt das auf eine große Wahlmüdigkeit schließen.

Parteigenossen! Wahlmüdigkeit hilft unseren Gegnern. Es sind nur noch 18 Tage bis zur Wahl. In diesen 18 Tagen müßt ihr aufklären, aufrütteln, agitieren, wo ihr nur könnt. In der Werkstatt, auf dem Arbeitsweg, auf der Straße, in der Bahn, in den Fabriken und in der Familie. Die Beteiligung der sozialdemokratischen Wählerschaft muß eine ganz große sein, damit unser Sieg ein überwältigender ist.

Einheitsfront in den Verkehrsbetrieben der Hamburger Hochbahn-Aktiengesellschaft

Aus den Kreisen der Verkehrsangestellten wird uns geschrieben: Seit der Revolution waren sämtliche Kopf- und Handarbeiter in den zugehörigen Organisationen, also alle freigewerkschaftlich organisiert. Jedoch entpuppten sich im Laufe der Zeit Agenten der gelben Verbände. Als erster war Oberassistent Meinke derjenige, der auf Grund seiner Vorgesetztenwürde glaubte, seine Untergebenen zu beeinflussen. Ihm folgte im Hochbahnhause ein ehemaliger Schaffner, jetziger Bureauangestellter, Rosa, und noch andere, die glaubten, durch diese Handlungsweise sich bei der Direktion in gutes Licht zu stellen. Als Hauptagent im Außenbetrieb tat sich besonders Bahnhofsverwalter Reinhold hervor, der eine sehr schlechte Vergangenheit bei der Straßenbahn hat (Trunkenheit im Dienst usw.). Damals kam er zur Strafe in die Wagenhalle. Auf Grund seines „Charakters" jedoch wurde es ihm möglich, Bahnhofsverwalter von Winterhude zu werden. Aber auch hier konnte er sich des Alkohols nicht enthalten und infolgedessen ist er jetzt ins Hochbahnhaus versetzt worden. Ihren Zersplitterungsversuch setzten diese Verräter am 28. Januar die Krone auf, indem sämtliche Bahnhofsverwalter, Oberkontrolleure und Kontrolleure durch Dienstbefehl ins Hochbahnhaus beordert wurden, um durch Unterschrift feststellen, welcher von diesen Angestellten im Gewerkschaftsbund organisiert sei. Natürlich wurden zu dieser Arbeit Bureauangestellte während ihrer Dienstzeit verwandt, was ganz gewiß nicht dazu beiträgt, die Rentabilität der Verkehrsbetriebe zu heben. Sämtliche Betriebsassistenten waren auch zugegen, so daß man ohne weiteres annehmen muß, daß die sogenannte Gewerkschaft nur mit Zustimmung der Arbeitgeber im Betriebe sich durchsetzen kann. Wir erlauben uns die Frage an die Gesellschaft, ob Bahnhofsverwalter und Kontrolleure ihren Dienst mit diesen Machenschaften verquicken können. Es wäre hier die Frage zu erwägen, ob es nicht möglich sei, diese Gruppen erheblich in ihrer Anzahl zu reduzieren.

Aus dem Verbraucherbeirat

wird uns berichtet, daß es bei den angeblich von Berlin angebotenen Entlassungsanzügen sich um sogenannte Einheitsware handelt, die anzukaufen sich nicht empfiehlt. Für Dosenmilch wird eine Preissenkung erwartet. Der Handel damit ist ganz freigegeben. Fleisch ist im Großhandel wesentlich im Preis heruntergegangen. Leider hat man in Hamburg noch wenig davon gemerkt. In Berlin wird Fleisch wesentlich billiger angeboten; Wurst durchschnittlich 4 bis 6 *M* auf ein Pfund niedriger als in Hamburg. Im Anschluß daran wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Ernährungsminister bei seinem Hiersein sich unterrichtet, warum die hiesige Preisprüfungsstelle machtlos ist. Schmalz ist jetzt ebenfalls im Freihandel zu haben und wird mit 11 *M* das Pfund verkauft. Es wird behauptet, daß im Freihafen Platzmangel für die Exportgüter bestehe, weil das Reich erhebliche Mengen Schmalz und Fettwaren (angeblich für 300 Millionen Mark) dort lagere, die an Wert verlieren und dem Verderb ausgesetzt sind. Kartoffeln sind täglich 1000 Zentner Einfuhr gemeldet. Es wurden versuchsweise die Bahnhöfe von Polizisten überholt. Daß der freie Handel den Preiswucher begünstigt, das bewies ein Hamburger Kaufmann bei seinem Protest in der Preisprüfungsstelle, indem er erklärte: Das sei eben der Sinn des freien Handels, daß der Kaufmann nach seinem Gutdünken den Preis festsetzen könne. — Auf Anfrage wird erklärt, Hamburg habe sich bemüht, mehr Zucker für die Bevölkerung zu erhalten. Die größeren Zuweisungen an die Sektfirmen würden wohl in Auslandszucker bestehen. Die Erhöhung des Kohlenpreises ist zunächst von der Regierung abgelehnt worden.

Zur Krise in der „Volkszeitungs"-Redaktion.

Die „Hamburger Volkszeitung" bringt heute folgende Notiz:

Die Genossen Herzog und Hommes treten mit dem heutigen Tage auf ihren eigenen Wunsch aus der Redaktion der „Hamburger Volkszeitung" aus. Die Preßkommission hat mit den beiden Genossen ein Abkommen getroffen, das sie weiterhin als ständige Mitarbeiter an unserer Zeitung verpflichtet.

Wir werden noch ausführlicher auf diese Angelegenheit eingehen, um die Art des kommunistischen Parteiaufbaues zu zeigen.

Erhöhung der Mehlration.

Amtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Auf Anordnung des Reichsernährungsministers kommen ab 16. Februar statt der bisherigen 600 g 800 g aus Auslandsgetreide im Inlande hergestellten Weizenmehls pro Kopf und Monat neben der Brotkarte zur Verteilung. Der Kilogrammpreis für die Kommunalverbände beträgt 7,50 *M*, entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

Zeugen gesucht! Am Montag, 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, wurde die Ehefrau des Unterzeichneten an der Ecke Danzigerstraße und Langereihe von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Zeugen dieses Unfalles werden gebeten, ihre Adresse einzusenden an Georg Weber, Peter Marquardtstraße 4, I.

Ueberfahren wurde in der Eppendorfer Landstraße ein unbekannter Mann und so erheblich verletzt, daß er auf der Stelle verstarb. Die Leiche kam ins Eppendorfer Krankenhaus.

Gefundene Kindesleiche. In den Anlagen an der Jungiusstraße fand man die Leiche eines neugeborenen Knaben und schaffte sie ins Hafenkrankenhaus.

Eine Betrügerin, zirka 25 Jahre alt, 1,75 Meter groß, schlank, dunkelblondes Haar, bekleidet mit dunkelblauem Mantel und Hut, hat hier mehrere Leute um Geldbeträge beschwindelt unter den Vorgaben, daß sie ihnen billig Butter und Zucker liefern könne, was jedoch nicht der Fall war, denn sie hat sich, nachdem sie größere Beträge erhalten hatte, nicht wieder sehen lassen. Die Betrügerin hat sich auf einer Stelle als die Tochter eines Mühlenbesitzers Timm in Eulendorf bei Sudenburg, auf einer andern Stelle als Lehrerin im Lyzeum Hamburg, wohnhaft Lange Mühren 12, ausgegeben.

Aus den Elbgemeinden.

Klein-Flottbeck, Nienstedten. Oeffentliche Wählerversammlung am Donnerstag, 3. Februar, abends 7½ Uhr, in Klein-Flottbeck, Klein-Flottbecker Park. Das Referat hält der Genosse Schönfelder.

Wandsbeck und Umgegend.

Schiffbeck. Brikettverkauf Mittwoch, 2. d. M., von 8 bis 12 Uhr auf Nrn. 1001 bis 1300 bei Wraage, Donnerstag, 3. d. M., von 8 bis 1 Uhr auf Nrn. 1301 bis 1700 bei Steinert. Preis pro Zentner 17,50 *M*. Während der Verkaufszeit nicht abgenommene Kohlen werden nicht nachgeliefert.

t. **Bramfeld.** Billige Lebensmittel. Am Mittwoch, 2. Februar, werden in der Schule wieder nachstehende Waren verkauft: Reis, Erbsen, Bohnen, Margarine, Kunsthonig, Dosenfleisch, Keule. Verkauf an jedermann. Tüten und Papier sind mitzubringen.

t. Ein Einbruch ist in der Nährmittelfabrik von Kluzendorf in Hellbrook verübt worden. Die Diebe erbeuteten eine Stöwer-Schreibmaschine, Nr. 30 228, sowie eine größere Menge Bohnen, Speiseöl und Spiritus. Die gestohlenen Sachen haben einen Wert von zusammen 6000 *M*. Der Besitzer setzte auf die Ermittlung der Einbrecher eine Belohnung von 500 *M* aus.

t. Brikettausgabe. Diejenigen Einwohner, welche am Mittwoch, 2. Februar, keine Briketts bekommen können, werden am Donnerstag, 3. Februar, beim Kohlenhändler Fröhlich beliefert.

Schleswig-Holstein.

Kiel. WTB. berichtet: Drei Marineangehörige, die in Skagen, an der Nordspitze Jütlands, wo sie mit einem Minensuchboot landeten, mehrere Villen ausgeplündert hatten, standen vor der Kieler Strafkammer zur Aburteilung. Sie hatten Silbersachen, Bettzeug und Wäsche gestohlen. Mit Rücksicht auf den hohen Wert der Sachen, sowie auf die von ihnen begangene schwere Schädigung des deutschen Namens und Ansehens im Auslande erkannte das Gericht gegen zwei noch unbescholtene Angeklagte auf je 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Der Dritte wurde freigesprochen.

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Zum Streik der Holzplatzarbeiter.

Kaum ist der Streik der Holzplatzarbeiter zum Ausbruch gekommen, da schwirren auch schon durch die bürgerlichen Zeitungen eine Reihe entstellter Nachrichten. Man behauptet, scheinbar ohne Kenntnis der näheren Umstände, die Arbeiter hätten die tariflichen Instanzen nicht erschöpft. Der Schlichtungsausschuß wäre nicht angerufen worden und infolgedessen sei das Vorgehen der Arbeiter Kontraktbruch. Solche Behauptungen sind glatte Verleumdungen. Die Arbeitgeber haben zunächst jede Verhandlung abgelehnt, ja, sogar nicht einmal auf die Forderungen der Arbeiter geantwortet. Darauf wandten sich diese an den Schlichtungsausschuß, der die Arbeitgeber zwang, zu einem Verhandlungstermin zu erscheinen. Man erklärte sich dann schließlich auf seiten der Unternehmer bereit, Verhandlungen einzugehen, bekundete aber, obgleich man schon vor dem Termin wußte, daß die Arbeiter einen höheren Lohn forderten, man habe keine Vollmacht, der Arbeiterschaft in der Lohnfrage Zugeständnisse zu machen. — Und da verlangt man, die Holzplatzarbeiter sollen sich nochmals von den Unternehmern „im Kreise herumführen lassen". Ein unbilliges Ansinnen. — Inzwischen nimmt der Streik seinen Fortgang. Die Streikleitung ersucht die Streikenden in nachfolgenden Streiklokalen am 2. Februar ihre Streikkarten in Empfang zu nehmen, und zwar: In der Hauptmeldestelle Fr. Göthe, Billhorner Brückenstraße 2/12; in Billbrook bei Suhr; in Wilhelmsburg bei Bachmann, Neuhofstr. 1; in Altona bei H. Brandt, Gr. Bergstr. 136; in Wandsbek-Eilbeck bei H. Schmidt, Ecke Holsteinischer Kamp und Vogelweide. Die Streikenden haben sich in ihren Streiklokalen täglich zu melden.

Letzte Nachrichten.

Zweifel ist der Weisheit Anfang.

WTB. London, 1. Februar. „Daily Telegraph" schreibt: In der Londoner City herrscht eine gewisse Skepsis bezüglich der Frage der Erfüllung der Pariser Beschlüsse, insofern, eine sehr energische Haltung eingenommen werden sollte. Man erwartet auf jeden Fall eine sofortige Erleichterung. Man befürchtet, daß Deutschland Milliarden neuer Noten ausgeben werde, um die Markwährung auf einen bisher nie dagewesenen Stand herabzudrücken. Dem gleichen Blatt zufolge sollen die Deutschen augenblicklich den spanischen Markt durch eine Dumping erobern.

3½ Millionen Arbeitslose in Amerika.

WTB. Washington, 1. Februar. Der Monatsbericht der Federal Reserve Board stellt fest, daß die wirtschaftliche Lage sich besserte. Es bleiben jedoch noch immer 3 473 000 Arbeitslose. In gewissen Bezirken besserte sich die Lage der Textilindustrie.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Aus der Theaterwelt. Carl Schultze-Theater. Eduard Lichtenstein gastiert am Mittwoch in Lehars „Eva" als Flaubert. Als Neuheit mit Lichtenstein in der männlichen Hauptrolle wird „Die Frau im Dunkeln" von Siegfried Schulz vorbereitet.

Kleine Chronik.

Unterschlagungen in einer Irrenanstalt. In der Landesirrenanstalt Blankenhain in Thüringen ist man riesenhaften Unterschlagungen auf die Spur gekommen. An der Spitze der Betrüger steht die seit 30 Jahren im Dienste der Anstalt wirkende Oberwärterin Schachtschabel. Wie in einem Warenhaus türmen sich die veruntreuten Gegenstände, so wird dem „Lokalanzeiger" berichtet, auf. Die Schachtschabel und eine andere Wärterin sollen versucht haben, sich mit Sublimat zu vergiften. Von der Wärterin heißt es daß sie an den Folgen der Vergiftung bedenklich darnieder liegt, während die Oberin verhaftet wurde.

Raubmord. Aus Köln wird berichtet: Auf der Landstraße von Dattenfeld nach Dreisel wurde die 53jährige Filialleiterin, die Handarbeitslehrerin Marie Busch aus Dreisel ermordet und beraubt aufgefunden. Die Leiche wies fünf Revolverschüsse am Kopf auf. Als mutmaßlicher Mörder wurde der 17jährige Fabrikarbeiter Becker aus Dattenfeld verhaftet.

Sprechsaal.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Hamburg. Auf unsern nunmehr abgeschlossenen Listen und Sammlungen sind von nachstehenden Betrieben folgende Beträge eingegangen: Deutsche Werft, Tollerort 704,50 *M*, Janssen & Schmilinsky 408,45, Strom- und Hafenbau, Sektion II 1113,10, Altonaer Gas- und Wasserwerk 223, Freihafen-Lagerhausgesellschaft 214, Produktion-Zentrale und Bäckerei, Hegestr. 691, Bahnbetriebswerk, Ohlsdorf 49,50, Wohlfahrtsamt 2, Feuerwache I 45, Asbest- und Gummiwerke Calmon 155, Nagel & Kamp 91, „Neue Hamburger Zeitung" 55, Postamt I 6, Danner, Barmbeck 32, Genosse Blohm an verschiedenen Orten gesammelt 42. Allen gütigen Spendern besten Dank! NB. Etwaige Reklamation bitten wir dem Genossen P. März, Brennerstr. 6, 2. Et., mitzuteilen. **Die Kontrollkommission.**

Amtliche telegraphische Schiffsmeldungen.

Nr. 90. Dienstag, 1. Februar, 5 Uhr nachm.

Cuxhaven meldet: Angekommen:

1. Februar.

Zeit:	Schiff:	Kapitän:	Von
V. 7,20	D. Wido	Scheler	Griechenland
12,—	D. Wolfsburg	—	Ostindien
„	D. Seattle Spirit	—	La Plata
N. 12,15	D. Gotland	—	New York
2,10	FD. Glücksburg	Hahn	der Nordsee
	SD. Vesta	Büssenschütt	Bremerhaven

Ferner auf: 8 Uhr SD. Perseus mit Anhang, die SD. Schlepper 1 und Louise.

Angekommen: 8,15 Uhr SD. Hermann, 8,30 Uhr D. Annie Hölken.

Wind: WNW. schwach. Wetter: bedeckt, stark diesig. Barometer: 753,0. Thermometer: + 5,5° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

1. Februar

Zeit:	Schiff:	Kapitän:	Von
V. 8,40	D. Ceylon	Andersen	Christiania
9,25	D. Progreß	Becker	Danzig
9,35	SD. Frieda	Schröder	Swinemünde
9,55	D. Maja	Gottfriedsen	Kopenhagen
10,05	D. Expreß	Davidsen	Aarhus
N. 1,10	D. Carl	Langhinrichs	Königsberg

Anzeigen.

Für Anzeigen ist die Redaktion d. Publikum nicht verantwortlich

Heute begehen unsere lieben Eltern **Emil Wulkow** nebst **Frau**, geb. Sieber, das frohe Fest der **Silber-Hochzeit.** Dies zeigen an die Kinder: Agnes, Dora u. Schwi. Heinrich, Hans

Am 28. Januar verstarb nach dreimonatlichem Krankenlager unser Mitarbeiter der Buchbinder **Ferdinand Lisch.** Ehre seinem Andenken! Beerdigung: Donnerstag, 3. Februar, vorm. 11½ Uhr, von Kapelle 4 in Ohlsdorf. Das Gesamtpersonal der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine

Trauer- Kleider Jackenkleider Blusen Röcke Unterröcke Hüte Schleier Trauerflore

Auswahlsendung sofort Fel.: Elbe 1021, 1022, 1023.

Robinsohn Neuerwall 25/33

Altersen, Metalle u. Bruchglas kauft Theophil Wierzbicki, Hammersteindamm 80. Alster 1560.

Danksagung.

Für die reiche Kranzspende anläßlich der Beerdigung unseres Bruders **Hinrich Wohlers** aus Altona sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Sparklub „Hafentor", dem „Deutschen Transportarbeiter-Verband", der Firma **Habermann & Guckes** aus Kiel, Herrn **Selk** für den Transport von Marne und Herrn **Pudlitz** für die Bestattung unseren herzlichen Dank. **Wilhelm und Hermann Wohlers.**

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Filiale Hamburg und Umgegend.

Konfektionsbranche! Urabstimmung!

Nach Scheitern der zentralen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands sollen alle Kollegen und Kolleginnen der Konfektionsbranche abstimmen, ob zur Durchsetzung unserer Forderungen in den Streik eingetreten werden soll.

Die Abstimmung findet statt:

heute, Mittwoch, 2. Februar, nachm. von 5 bis 8 Uhr,

im Verbandsbureau, Hamburg, Besenbinderhof 56, Hths., part., und bei Westedt, Hamburg, Langergang 41.

Mitgliedsbuch ist bei der Abstimmung vorzulegen.

Achtung!

Wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages sind folgende Firmen gesperrt:

A. Tuchtfeld, Besenbinderhof 50, Max Rosendorf, Steindamm 49.

Die Ortsverwaltung.

Hohe Belohnung.

Aus einem Warenlager in Eimsbüttel sind am 23. Januar hochwertige kosmetische Oele und medizinische Mittel, als Bergamotte-, Pfefferminz-, Rosen- und Anisöl, Neomedicine Dos. LXX, Chinin hydr., ferner echte Teppiche als 2 größere Perser, 16 Verbindungsstücke, 22 Seidenteppiche, und Elfenbeinwaren, geschnitzte sowohl als auch Rohelfenbein, im Gesamtwerte von ungefähr **750 000 Mark** gestohlen worden.

Für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Sachen wird eine Belohnung von 10 % des wiederherbeigeschafften Wertes vergütet.

Entsprechende Meldungen sind an die **Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Heuberg 4,** beziehungsweise an die **Kriminalpolizei, Stadthaus, Zimmer 143,** zu richten.

Arbeitsmarkt.

„Echo"-Austrägerinnen für Neustadt-Nord: Filiale Scheffler & Hubenthal, Poolstraße 34.

Gesucht per sofort tüchtiger, gewandter **Heizer,** der auch in der Bedienung der Dampfmaschine erfahren ist. Nur zuverlässige Leute mit guten Zeugnissen wollen sich bei **Dahnke,** Hoheluftchaussee 108, melden.

Kistenmacher gesucht. Dauernde Beschäftigung. Gr. Reichenstr. 50.

Skat-Klub Kreuz-Bube. Mittwoch abend 7½ Uhr: **Großer Preis-Skat.** Max Lorentzen, Falkenried 45/47.

Mittwoch, 2. Februar, Anfang 7½ Uhr: **Großer Preis-Skat.** W. Lars, Bachstr. 109.